
AUSLÄNDISCHE ANALYTIKER UND DAS „MODELL SCHWEDEN“

Rezension von: Barry P. Bosworth/
Alice M. Rivlin (Hrsg.), *The Swedish
Economy*, The Brookings Institution,
Washington 1987, 338 Seiten,
US-\$ 12,95.

Das Beispiel des schwedischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems stellt seit Jahrzehnten ein beliebtes Analyseobjekt für Kritiker und Bewunderer dar. Dies mit gutem Grund: Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Schwedens unterscheidet sich eminent von der anderer Industrieländer, was z. B. die politische Hegemonie der Arbeiterbewegung, den Ausbau des Sozialstaates, den hochentwickelten Lebens- und Verteilungsstandard oder die Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Industrie betrifft. Gesellschaftliche Ausprägungen, die es erlauben vom „Modell Schweden“ zu sprechen.

Die besondere und eigenständige Entwicklung Schwedens hielt auch in den 80er Jahren an. Wurde Anfang der 80er Jahre noch vom Niedergang und Ende des schwedischen Modells gesprochen (vgl. z. B. Erik Lundberg im *Journal of Economic Literature* 1/1985), so kann Schweden Ende des Jahrzehnts mit ökonomischen und sozialen Daten aufwarten, die ihresgleichen suchen und die Anpassungsfähigkeit der schwedischen Politikkonzeption beweisen: Bei Massenarbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern gibt es in Schweden Vollbeschäftigung, ja Arbeitskräftemangel; expliziten Sozialabbauprogrammen mit der Konzeption des Weges in die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ steht die schwedische Absicherung und der

Ausbau eines umfassenden sozialen Sicherungskonzeptes gegenüber.

Gründe genug, sich aus ausländischer Sicht auch in den 80er Jahren mit dem schwedischen Weg und seinen aktuellen Erfolgen und Problemen auseinanderzusetzen. Dieses Ziel setzten sich 1986 auch die Sozialwissenschaftler/innen der Washingtoner Brookings Institution.

Sie erheben zu Beginn ihrer Arbeit den Anspruch, ideologischen Ballast abzuwerfen und die ökonomische Situation Schwedens möglichst unleidenschaftlich zu analysieren. Der Rezensent hegt eminente Bedenken, ob dies überhaupt möglich ist, d. h. ob der Anspruch, werturteilsfreie Wissenschaft zu betreiben, nicht von vornherein nur zur Verschleierung von Werturteilen dient, dennoch soll die Vorgangsweise der amerikanischen Betrachter kurz beschrieben werden.

In den Anfangskapiteln geht es um die Analyse der Entwicklung der schwedischen Wirtschaft in der Periode der Wachstumsabschwächung der 70er Jahre und der schweren ökonomischen Krise von 1975 bis 1982. Die Begründungen für diese Entwicklung finden die Autoren im mikroökonomischen Bereich in der Lohnstruktur, den Steuern und den Staatsinterventionen, im makroökonomischen Bereich betonen sie die Ungleichgewichte zwischen Sparen und Investieren (ausgelöst v. a. durch die Explosion öffentlicher Budgetdefizite in der zweiten Hälfte der 70er Jahre) und der Einkommensverteilung.

Dabei fällt zweierlei auf: Die schwedischen Entwicklungen werden relativ abgehoben von den weltwirtschaftlichen diskutiert. Dies ist durchaus berechtigt, da die schwedischen Daten recht deutlich von jenen der anderen OECD-Ländern abweichen. Notwendig wäre es aber gewesen, nicht nur auf die „negativen“ Abweichungen (geringeres Wachstum, höhere Inflationsraten, deutlichere Leistungsbilanzdefizite, schwerwiegende struk-

turelle Probleme), sondern auch die „positiven“ (höheres Beschäftigungsniveau, gerechtere Einkommensverteilung) genauer einzugehen. Zum zweiten wird evident, daß die von Bosworth und Lawrence diskutierten Ursachen für die ökonomischen Probleme sehr eng mit der schwedischen ökonomisch-gesellschaftlichen Politikkonzeption zusammenhängen. Hier stellt sich zum ersten Mal die Frage, ob die Analytiker nicht von einem vom Analysesystem abweichenden ökonomischen Zielkatalog ausgehen.

Mit den ökonomischen Zielen der schwedischen Konzeption und dem entsprechenden policy-mix setzt sich das Kapitel 4 auseinander. Es gelingt den Autoren dabei zwar, den „Phillips-Kurven-Konflikt“ zwischen den Zielen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität entsprechend „schwedisch“, das heißt mit absoluter Priorität für das Vollbeschäftigungsziel, zu interpretieren; ein gleichzeitiges Verstehen der Politikkonzeption des „Modells Schweden“ kann aber nicht konzipiert werden, wenn als mögliche Auswege ein härteres Vorgehen gegenüber gewerkschaftlichen Lohnforderungen durch Akzeptanz einer gewissen dazu „notwendigen“ Arbeitslosenrate oder ein Wechselkursregime, das laufende Abwertungen zuläßt, angeboten werden.

Kapitel 5 und 6 setzen sich mit dem schwedischen Arbeitsmarkt bzw. den Auswirkungen des Steuer- und Transfersystems auf das Arbeitsangebot auseinander. Insbesondere die Ausführungen Robert Flanagans geben zusammen mit den kritischen Kommentaren von schwedischer Seite einen recht guten Einblick in die Konzeption der zentralisierten Lohnverhandlungen und der solidarischen Lohnpolitik, wenn auch nicht allen Schlußfolgerungen, was z. B. die Einbindung der 1984 eingeführten Arbeitnehmerfonds betrifft, zugestimmt werden kann. Dem öffentlichen Sektor ist das darauffolgende Kapitel mit dem Schwerpunkt Budgetentwick-

lung gewidmet. Es leidet etwas unter der – wie man zwei Jahre nach Erscheinen des Buches feststellen kann – viel zu pessimistischen Einschätzung der Budgetprobleme bzw. der Handlungsspielräume für die Budgetpolitik, gibt aber ansonsten einen guten Überblick bezüglich der Einnahmen- und Ausgabensituation des schwedischen Zentralstaates.

Das Abschlußkapitel ist den politischen Fundierungen der schwedischen Wirtschaftspolitik gewidmet. Mit einer – der Qualität des Buches einige Abstriche bescherenden – Verspätung wird dabei die politische Entwicklung des Modells Schweden in ihrer engen Verbindung zur Entwicklung der schwedischen Arbeiterbewegung dargestellt. Trotz einer recht gelungenen Darstellung fehlt im Abschluß die Erkenntnis, welche Implikationen dies für die Möglichkeit einer längerfristigen (nicht primär an den Wahlperioden orientierten) Politikkonzeption hat.

Die Analytiker der Brookings-Institution versuchen, mit einer starken Orientierung auf die 70er und 80er Jahre einen Überblick über Entwicklungsstand und Entwicklungstendenzen der schwedischen Ökonomie zu geben. Dies gelingt in Teilbereichen recht gut.

Dem Buch sind aber zum ersten einige Inkonsistenzen vorzuwerfen: Dies betrifft nicht nur widersprüchliche Informationen über wichtige Daten (so wird z. B. die Nettodefizitquote für 1982 einmal mit 9,5 Prozent (S. 8) und einmal mit 13 Prozent (S. 312) angegeben – wobei letztere Zahl stimmt), sondern auch die Verarbeitung wichtiger Erkenntnisse, was z. B. die Rolle des öffentlichen Sektors oder Grundziele des schwedischen Modells angeht, in das einleitende Überblickskapitel.

Die zweite Kritik geht tiefer: Den amerikanischen Wissenschaftler/innen ist es nicht gelungen, das Modell Schweden umfassend zu „begreifen“. Dies kann an ausgewählten Beispielen

gezeigt werden: Ein wesentliches Charakteristikum der schwedischen Politikkonzeption ist die Hegemonie der Arbeiterbewegung, wobei von einem Hegemoniebegriff nach Gramsci auszugehen ist, der nicht nur die politische Vorherrschaft, ausgedrückt in Wahlerfolgen, umfaßt, sondern sich auch auf gesellschaftlich-kulturelle Hegemonie erstreckt. Diese Hegemonie ermöglichte die Entwicklung des schwedischen Modells und spielt auch eine wesentliche Rolle bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der zweiten Hälfte der 70er Jahre: Marginale Stimmenverluste der Linksparteien hatten 1976 zum Verlust der absoluten Mehrheit und zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung geführt. Diese sah sich einer auch Schweden erfassenden weltweiten Wirtschaftskrise gegenüber, hielt zwar anfangs an den traditionellen schwedischen Zielen fest, konnte aber die notwendigen offensiven strukturellen Anpassungen nicht vornehmen, da sie nicht auf die Unterstützung der Gewerkschaften zählen konnte. Die neue Dynamisierung und der Beginn des Wirtschaftsaufschwunges der 80er Jahre war erst nach dem Wahlsieg der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Herbst 1982 möglich – ein Faktum, auf das die rein ökonomisch orientierte Analyse der Brookings-Leute überhaupt nicht eingeht.

Ein zweites eng damit zusammenhängendes Beispiel bietet die Analyse des trade-offs zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation. Wenn die Autoren allen Ernstes darauf hinweisen, daß eine einprozentige Erhöhung der Arbeitslosenrate die Inflationsrate um 2 Prozent auf das OECD-Niveau senken könnte, so bedeutet das, daß ein grundlegendes Mißverständnis bezüglich der Konzeption des „Modells Schweden“ vorliegt. Neben dem Ziel Verteilungsgerechtigkeit ist die Vollbeschäftigung der zentrale Parameter des Modells, der aufgrund seiner Priorität nicht einfach mit anderen Makro-

zielen abgetauscht werden kann.

Ein drittes Beispiel betrifft die Anpassungsfähigkeit der schwedischen Wirtschaftspolitik. Die Hinweise der Autoren, daß bis 1985 bereits ein Drittel der positiven Abwertungseffekte von 1982 verbraucht worden seien und damit in näherer Zukunft weitere Abwertungen notwendig würden, oder daß vom Steuersystem kaum Leistungen für die Budgetkonsolidierung zu erwarten seien, da alle möglichen Veränderungen in diesem Bereich Aufkommenssenkungen mit sich bringen würden, verkennen die Flexibilität und die Weite der Handlungsspielräume der schwedischen Wirtschaftspolitik. Die primären Ziele Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit werden mit einem wechselnden „multi-policy-mix“ erreicht, der sich an den jeweiligen nationalen und internationalen Entwicklungen orientiert und immer gewisse Handlungsspielräume offen läßt – im übrigen eine nicht unwichtige Erkenntnis für die laufende Diskussion der sich einengenden Handlungsmöglichkeiten nationaler Wirtschaftspolitik.

Wenn daher die Autoren ihr Überblickskapitel mit dem Satz „The Swedish experience in labor markets and other areas yields no magic solutions that make economic choices easier“ abschließen, so ist anzumerken: Magisch und unerklärbar sind die Lösungen, die im schwedischen Modell für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der 80er Jahre gefunden wurden, sicherlich nicht. Sie sind aus der spezifisch schwedischen soziokulturellen Entwicklung ableitbar. Dennoch kann die Analyse der schwedischen Erfahrungen wirtschaftspolitische Entscheidungen auch im Ausland „leichter“ machen bzw. eine breitere Palette von Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Dies allerdings vor allem dann, wenn man sich einem dem „Modell Schweden“ ähnlichen Wertebündel verpflichtet fühlt.

Markus Marterbauer